



EUROPARECHT I
WS 2019/20
Donnerstag, 16-18 Uhr, LG 1/HS 4

Es ist geplant, das Lehrprogramm ab dem Gliederungspunkt VI.2 der nachfolgenden Vorlesungsgliederung (WS 2019/20) im Rahmen des SS 2020 (EuR II) fortzusetzen.

Angesichts der anhaltenden Krisensituation und der nicht absehbaren Dauer der Beschränkungen der Präsenzlehre wird dringend empfohlen, ein eigenes Lehrbuch mit dem Ziel des Eigenstudiums anzuschaffen (nach Probelesen in einer Buchhandlung). Siehe hierzu die ausführliche Liste an Studienliteratur!

„Die Unterzeichnung des Montanunion-Vertrages erfolgte am 18. April 1951 in Paris ... Der Schuman-Plan war der Anfang der europäischen Einigung. Mit der Unterzeichnung des Montanunion-Vertrags begann in meinen Augen ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte ... Der sich bildende gemeinsame Wirtschaftsraum und die mit ihm gegebenen großen Möglichkeiten des Austausches auf allen Gebieten würden die Jugend davor bewahren, Beute falscher Propheten zu werden. Aus Menschen, deren Gefühle noch zu diesem Zeitpunkt wesentlich durch Mißtrauen, Konkurrenzsucht und Ressentiments bestimmt waren, würden Nachbarn und Freunde werden!“

(Konrad Adenauer, Erinnerungen, 1945-1953, 1965, S. 423, 426)

„Am 25. März 1957 wurden in Rom die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und über Euratom unterzeichnet ... Nur die Zusammenfassung zu einem gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum konnte auf die Dauer die Länder Europas gegenüber anderen Wirtschaftsgebieten auf der Erde konkurrenzfähig machen und erhalten ... Wir konnten die Güter, die wir Europäer von unseren Vorfahren in langen Jahrhunderten übernommen hatten: europäisches Denken, abendländisches Denken, christliches Denken, nur dann wieder zur Geltung bringen und den europäischen Ländern in der Weltwirtschaft und in der Weltpolitik nur dann wieder eine Rolle verschaffen, wenn Europa zu einer Einheit zusammengeschlossen sein würde ... Nach dem großen Anfang, der für immer mit den Namen Robert Schuman und Alcide de Gasperi verbunden ist, schien der Einigungswille Europas zunächst geschwächt ... Aber die Optimisten, nicht die Pessimisten behielten recht.“

(Konrad Adenauer, Erinnerungen, 1955-1959, 1967, S. 265 f.)

„Zu den wichtigsten Aufgaben, die vor uns liegen, gehört es, die beiden Regierungskonferenzen über die Politische Union sowie die Wirtschafts- und Währungsunion beim Europäischen Rat in Maas-tricht zum Erfolg zu führen. ... Zwischen diesen beiden Konferenzen besteht für uns Deutsche ein unauflöslicher Zusammenhang. Man kann dies nicht oft genug sagen. Die Politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion... Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind für uns die zwei Seiten derselben Medaille... Dieser

Vertrag ist Testfall für die Bereitschaft der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, ihr Schicksal unwiderruflich miteinander zu verknüpfen. Die Politische Union muss zunächst klare Grundlagen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schaffen...Das künftige Zusammenleben in einem Europa ohne Binnengrenzen erfordert auch, dass wir uns mit unseren Partnern auf gemeinschaftliches Handeln in Kernbereichen der Justiz- und Innenpolitik verständigen. ... Wir brauchen unbedingt ... eine mittelfristig mit grenzüberschreitenden Befugnissen ausgestattete europäische Polizei, um vor allem im Kampf gegen die Drogenmafia und das organisierte Verbrechen bestehen zu können. Wir brauchen ebenso dringend eine in ihren wesentlichen Elementen einheitliche europäische Politik in bezug auf Einwanderungs- und Asylfragen.“

(Helmut Kohl, Regierungserklärung, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 6. November 1991, S. 4365, 4367)

Gliederung

- I. Europäische Union: Daten und Fakten
- II. Die geschichtliche Entwicklung der europäischen Integration
- III. Europarecht im weiteren Sinne
 1. Der Europarat als paneuropäische Organisation
 2. Die Organe des Europarates
 3. Die Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK)
 4. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK (Art. 6 Abs. 2 EUV)
- IV. Die Rechtsnatur der Europäischen Union und ihre vertraglichen Grundlagen
 1. Die Europäische Union als Internationale Organisation
 2. Unionsrecht und Völkerrecht
 3. Die „Supranationalität“ als Kennzeichen der Europäischen Union
 4. Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft
 5. Das „Säulen“-Modell und seine Überwindung im Vertrag von Lissabon über die Europäische Union (2009)
 6. Die „Besonderen Bestimmungen über die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ sowie die „Bestimmungen über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (Art. 21 f., 23 ff. und 42 ff. EUV) im Gefüge der Verträge
 7. Primäres Unionsrecht
 - a) Der Vertrag über die Europäische Union samt den Protokollen und Erklärungen – Struktur und Inhalte
 - b) Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union samt den Protokollen und Erklärungen – Struktur und Inhalte
 8. Sekundäres Unionsrecht (Art. 288 AEUV) unter Hervorhebung der Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse
- V. Die Verfasstheit der Europäischen Union und die Struktursicherungsklauseln des Grundgesetzes
 1. Die Europäische Union als Mehrebenensystem (Art. 4 Abs. 2 EUV)
 2. Die Europäische Union als „Staatenverbund“, „Verfassungsverbund“ und „Verwaltungsverbund“
 3. Die Europäische Union als Wertegemeinschaft (Art. 2 AEUV)
 4. Die Europäische Union als Grundrechtegemeinschaft (Art. 6 EUV)
 5. Die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union (Art. 23 Abs. 1 GG) im Lichte der Entscheidungen des BVerfG zu den Verträgen von Maastricht (1993) und Lissabon (2009)
 6. Die „Integrationsverantwortung“ der deutschen Verfassungsorgane nach der Rspr. des BVerfG

- VI. Das Verhältnis der Europäischen Union zu den Mitgliedstaaten sowie Gesetze und Vereinbarungen über die innerstaatliche Beteiligung von Verfassungsorganen an der Europapolitik der Bundesregierung bzw. der Landesregierungen
1. Das Verhältnis der Europäischen Union zu den Mitgliedstaaten
 - a) Prinzip der begrenzten Einzelmächtigung (Art. 5 Abs. 1 und 2 EUV) und seine Auswirkungen auf die „Integrationsverantwortung“ des Deutschen Bundestages („Lissabon-Urteil“ des BVerfG)
 - b) Kompetenzfülle der Mitgliedstaaten (Art. 4 Abs. 1): Mitgliedstaaten als „Herren der Verträge“
 - c) Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit im Mehrebenensystem (Art. 4 Abs. 3 EUV)
 - d) Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 Abs. 3 EUV) und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Art. 5 Abs. 4 EUV)
 - d) Vorrang des Unionsrechts gegenüber dem nationalen Recht der Mitgliedstaaten (Erklärung über den Vorrang)
 2. Die Mitwirkung des Bundestages und der deutschen Länder (über den Bundesrat) an der Europapolitik der Bundesregierung sowie die Beteiligung der Landtage an den Positionen der Landesregierungen im Bundesrat
 - a) Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Integrationsverantwortungsgesetz)
 - b) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
 - c) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union
 - d) Baden-Württembergisches Gesetz über die Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der EU (EU-Landesbeteiligungsgesetze 2011) (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/rechtliche_grundlagen/EULA.pdf) sowie Thüringer Vereinbarung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union (2014) (http://www.thueringer-landtag.de/mam/landtag/gremien-und-rechtsgrundlagen/ausschuesse/neufassung_der_eu_vereinbarung.pdf)
- VII. Das institutionelle System der Europäischen Union
1. Die enumerative Auflistung der Organe (Art. 13 EUV)
 2. Der Europäische Rat (Art. 15 EUV)
 3. Der Rat (Art. 16 EUV)
 4. Die Kommission (Art. 17 EUV)
 5. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 18 EUV)
 6. Das Europäische Parlament (Art. 14 EUV)
 - a) Der Grundsatz der repräsentativen Demokratie (Art. 10 EUV)
 - b) Der Grundsatz der partizipativen Demokratie (Art. 11 Abs. 1-3 EUV)
 - c) Der Grundsatz der unmittelbaren Demokratie (Art. 11 Abs. 4 EUV)
 7. Der Gerichtshof (Art. 19 EUV)
 8. Der Rechnungshof (Art. 285 AEU)

9. Die Europäische Zentralbank (Art. 282 ff. AEU)
10. Nebenorgane (WSA, AdR) (Art. 300, 301 ff., 305 ff. AEU)

VIII. Das Rechtsschutzsystem

1. Der Gerichtshof, das Gericht und die Fachgerichte (Art. 19 EUV, Art. 251 ff., 254, 256, 257 AEU)
2. Die Verfahrensarten
 - a) Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258 AEU)
 - b) Nichtigkeitsklage (Art. 263, 264 AEU)
 - c) Individualklage (Art. 263 Abs. 4 AEU)
 - d) Untätigkeitsklage (Art. 265, 266 AEU)
 - e) Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEU)

Ausgewählte Literatur und Hinweise auf die Rechtsprechung des EuGH

I. Lehrbücher

- Bieber/Epiney/Haag/Kotzur, Die Europäische Union. Europarecht und Politik, 13. Auflage 2019.**
Fetzer/Fischer, Europarecht, 12. Aufl. 2019
Hakenberg, Europarecht, 8. Auflage 2018.
Herdegen, Europarecht, 21. Auflage 2019.
Huber, Recht der Europäischen Integration, 3. Auflage 2020 (angekündigt).
Ipsen, Europäisches Gemeinschaftsrecht, 1. Auflage 1972.
Koenig/Haratsch/Pechstein, Europarecht, 11. Auflage 2018.
Online verfügbares Angebot der UB Erfurt: Niedobitek (Hrsg.), Europarecht - Politiken der Union, Bd. 1 und 2, 2014.
Oppermann/Classen/Nettesheim, Europarecht, 8. Auflage 2018.
Schweitzer/Hummer/Obwexer, Europarecht, 2007.
Streinz, Europarecht, 11. Auflage 2019.
Thiele, Europarecht, 15. Auflage 2018.
Weatherill, Stephen, Cases & Materials on EU Law, 12. Auflage 2016.

II. Kommentare

- Blanke/Mangiameli (Hrsg.), The Treaty on European Union – A Commentary, 1. Auflage 2013.**
Borchardt/Lenz (Hrsg.), EU-Verträge, 6. Auflage 2012.
Calliess/Ruffert (Hrsg.), Kommentar zu EUV und AEUV, 5. Auflage 2016.
Calliess/Ruffert, Verfassung der Europäischen Union, 2006.
Geiger/Khan/Kotzur, European Union Treaties – A Commentary, 2014.
Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, 6. Auflage 2017.
Grabitz/Hilf/Nettesheim (Hrsg.), Das Recht der Europäischen Union (Loseblatt), 68. Auflage 2019.
v. d. Groeben/Schwarze/Hatje (Hrsg.), Europäisches Unionsrecht, 7. Auflage 2015.
Lenz/Borchardt, EU-Verträge Kommentar, 6. Auflage 2012.
Meyer/Hölscheidt (Hrsg.), Kommentar zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union, 5. Auflage 2019.
Schwarze/Becker/Hatje/Schoo (Hrsg.), EU-Kommentar, 4. Auflage 2019.

Smit/Herzog (Hrsg.), The Law of the European Union, 4 Bde. (Loseblatt).

Streinz, Rudolf, EUV/AEUV, 3. Auflage 2018.

Vedder/Heintschel von Heinegg, Europäisches Unionsrecht, 2. Auflage 2018.

III. Entscheidungssammlungen

Hummer/Vedder/Lorenzmeier, Europarecht in Fällen, 7. Auflage 2020 (kommentierte Fälle).

Pechstein, Matthias, Entscheidungen des EuGH, 10., erweiterte Auflage 2018 (mit Einführung in den jeweiligen Fall).

IV. Politik- und wirtschaftswissenschaftliche Darstellungen

Bieling/Lerch Theorien der europäischen Integration, 3. Auflage 2012.

v. Borries/Zacker, Europarecht A-Z, 3. Auflage 2002.

Herz/Jetzlspurger, Die Europäische Union, 2. Auflage 2008.

Kühnhardt/Pöttering, Kontinent Europa – Kern, Übergänge, Grenzen, 1. Auflage 1998.

Mayer/Adam, Europäische Integration: Einführung für Ökonomen, 2. Auflage 2015.

Thiemeyer, Europäische Integration - Motive – Prozesse – Strukturen, 1. Auflage 2010.

V. Gesetzestexte

Erforderlich ist in jeder Stunde der Lehre und der Nachbereitung der Lehre eine aktuelle Gesetzessammlung, die mindestens die nachfolgenden Gesetze und Verträge beinhaltet: Grundgesetz (!), Integrationsverantwortungsgesetz, Vertrag über die Europäische Union, Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, Satzung des Europarates, Europäische Menschenrechtskonvention –

wie etwa in:

Schwartmann, Rolf (Hrsg.), Völker- und Europarecht, 11. Auflage 2018.

VI. Rechtsprechung und Dokumente via Internet

<http://curia.europa.eu/juris/recherche.jsf?language=de>

<http://eur-lex.europa.eu/>

VII. Europarecht in Fällen

Fischer/Fetzer, Fälle zum Europarecht, 9. Auflage 2019.

Hemmer/Wüst, Die 23 wichtigsten Fälle zum Europarecht, 6. Auflage 2018.

Hoffmann/Odendahl, Europarecht – Fälle mit Lösungen, 1. Auflage 1996.

Hummer/Vedder/Lorenzmeier, Europarecht in Fällen, 7. Auflage 2020.

Sommer, Fälle Europarecht (Alpmann Schmidt), 6. Auflage 2019.

Weber/Gas, Fälle zum Europarecht, 2. Auflage 2003.

Zacker/Wernicke, Examinatorium Europarecht, 3. Auflage 2003.